

ANFRAGE Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 7. Oktober 2008	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	55. Plenarsitzung Gemeinderat 18.11.2008 1588 27 öffentlich
Bildungsförderung in der Südstadt		

1. Seit wann und wie funktioniert das Landes-Modellprojekt „Schulreifes Kind“ in der Südstadt, an dem die Nebenius-Grundschule und die Ev. Kindertagesstätte Johannis/Pauluspfarrei teilnehmen?
2. Warum wurde für diese beiden Institutionen die Modellvariante B3 gewählt, bei der der Förderort die Schule ist – und nicht etwa die Modellvariante B2, bei der der Förderort ein Kindergarten sein kann?
3. Welche Ergebnisse liegen bisher vor, ist eine aussagekräftige Verbesserung der Kompetenzen der Kinder festzustellen, die von der der Projektkindertagesstätte Johannis-Paulispfarrei in die Nebenius-Grundschule kommen?
4. Welche anderen Kooperationsmaßnahmen gibt es zwischen Kinderbetreuungseinrichtungen und der Nebenius-Grundschule, um die Kinder möglichst gut den Übergang von der Kita in die Grundschule gelingen zu lassen?
 - a. Gehört dazu auch, dass das Mütter-Cafe in der Nebenius-Schule nach Auslaufen der Förderung durch die Bosch-Stiftung voll weiter betrieben, eventuell noch ausgebaut wird (z. B. am Standort der jetzigen Uhlandschule)?
 - b. Welche Bedeutung kommt diesem Mütter-Cafe nach Ansicht der Stadtverwaltung zu?
 - c. Welche Mittel wären dazu erforderlich? Sind sie gesichert?
5. Ist die Stadtverwaltung meiner Auffassung, dass - nach den Erfahrungen in der Uhlandschule - auch in anderen Kinderbetreuungseinrichtungen in der Südstadt die Förderung der Kinder im Vorschulalter intensiviert werden sollte?
6. Gehören dazu auch mehr Fortbildungsmöglichkeiten und mehr Personal in den Kinderbetreuungseinrichtungen?
7. Hält es die Stadtverwaltung für grundsätzlich angebracht, sich konkrete Ziele zu setzen in Bezug auf die Verbesserung der Grundkompetenzen von Vorschulkindern in Stadtteilen, in denen die Quote auf weiterführende Schulen sichtbar niedrig ist?
8. Wenn nein, warum nicht?
9. Wird die Stadtverwaltung sich beim Kultusministerium dafür einsetzen, dass die Schüler/-innen im Rahmen der beantragten Modellversuche „Kooperation Hauptschule Realschule“, die (auch) in den Räumen der jetzigen Uhlandschu-

le stattfinden sollen, die Schüler/-innen aufgrund besonderer Bedingungen die Möglichkeit erhalten, bis zum 9. Schuljahr gemeinsam unterrichtet zu werden um allen Hauptschüler/-innen die beruflichen Perspektiven zu verbessern?

10. Wenn nein, warum nicht?

Sachverhalt / Begründung:

Nicht zuletzt die Notwendigkeit besonderer Maßnahmen im Zusammenhang mit der Uhlandschule lassen auf einen erheblichen zusätzlichen Förderbedarf in Kinderbetreuungseinrichtungen schließen, bei allem Engagement, das dort wie auch in der Grundschule von den dort Beschäftigten geleistet wird, und das sehr anzuerkennen ist. Dazu müssten diese Institutionen absehbar entsprechende zusätzliche Ressourcen zur Verfügung haben.

Es liegt nahe, dass grundsätzlich im Sinne von Chancengleichheit in der Grundschule und in Bezug auf die weitere Schullaufbahn der Anteil der Kinder, die auf weiterführende Schulen gehen, erhöht werden muss.¹ Dies kann auch als Integrationsaufgabe beschrieben werden - die im Übrigen nicht allein Kinder aus Haushalten mit Migrationshintergrund betrifft. Auch die Stärkung, bzw. die Einbeziehung von Eltern müsste intensiviert werden.

Weiterhin ist anzustreben, dass die Kinder der Haupt- und Realschulzweige in der Südstadt – egal welches der beiden beantragten Kooperationsmodelle zum Zuge kommt, die Möglichkeit erhalten, bis zum neunten Schuljahr gemeinsam unterrichtet werden. Das ähnliche Vorhaben an der geplanten neuen Schule in der Südoststadt kann dafür kein Hinderungsgrund sein.

unterzeichnet von:

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Sitzungsdienste -

7. November 2008

¹ Solange das dreigliedrige Schulsystem aufgrund der Blockade der CDU in Bund und Land nicht ersetzt werden kann.